

## **Uni-Präsidium spricht Studierenden Grundrechte ab** *Fachbereichsrat Philosophie und Geschichtswissenschaft fordert Uni-Präsidium auf, sich auf den Boden des Grundgesetzes zu stellen*

In der Presseerklärung der Pressestelle der Universität vom 11. Mai (nachzulesen unter: <http://www.verwaltung.uni-hamburg.de/pr/2/21/pm/2005/info.html>) taucht u.a. der Satz auf: „Wer Rechte anderer verletzt, kann sich nicht auf den Schutz von Grundrechten berufen.“

Dazu hat der Fachbereichsrat Philosophie und Geschichtswissenschaft in seiner Sitzung vom 11. Mai einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

*„In der Presseerklärung der Pressestelle der Universität Hamburg vom 11. Mai ‚Studierendenproteste: Die Universitätsleitung informiert‘ steht der Satz ‚Wer Rechte anderer verletzt, kann sich nicht auf den Schutz von Grundrechten berufen.‘ Dieser Satz ist mißverständlich, weil er so gedeutet werden kann, als sei die Universitätsleitung der Ansicht, daß Grundrechte verwirkt werden könnten. Der Fachbereichsrat fordert die Universitätsleitung auf, die Presseerklärung vom 11. Mai 2005 schnellstmöglich zurückzuziehen und gegebenenfalls durch eine weitere zu ersetzen, die unzweideutig auf dem Boden des Grundgesetzes steht.“*

Nach Ansicht des Fachschaftsrates Geschichte versucht das Präsidium der Universität, mit dieser Pressemitteilung den legitimen Protest der Studierenden gegen Studiengebühren, die Entdemokratisierung und Ökonomisierung zu kriminalisieren. Damit unterstützt das Präsidium

den Kurs des Rechtssenates und der Wissenschaftsbehörde, die entschlossen sind, mit absolut unverhältnismäßigen Mitteln und gewalttätigen Maßnahmen gegen jeden Widerstand ihre Pläne durchzusetzen. Dies zeigt, wie wirksam die bisherigen Proteste inklusive der Urabstimmung mit einer überwältigenden Mehrheit gegen Studiengebühren waren.

Dementsprechend hat der Fachbereichsrat Philosophie und Geschichtswissenschaft bereits in einem Beschluß am 9. März die Ziele der Studierenden unterstützt (den vollen Text findet Ihr unter <http://www.phil-gesch.uni-hamburg.de/fbstudgeb.pdf>):

*„Der Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft lehnt allgemeine Studiengebühren aus sozialen und bildungs- und wissenschaftspolitischen Gründen ab. Studiengebühren egal welcher Art schrecken Studieninteressierte aus sozial schwächer gestellten Familien ab. Auf diese Weise wird die in Deutschland ohnehin schon vorhandene soziale Selektion im Bildungssystem weiter verschärft. [...] Studierende werden durch Studiengebühren zu reinen Konsumenten universitärer Lehre gemacht. Dies widerspricht einem selbst bestimmten Studium in einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, die zur „Entwicklung einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft“ (Leitbild der Universität Hamburg) beitragen will.“*

**Sitzung des Akademischen Senates**

**Donnerstag, 14 Uhr, Sitzungssaal des AS (Hauptgebäude ESA)**

**u.a. zu den Protesten und Polizeieinsätzen und BA/MA**